

BID - Medieninformation vom 24.04.2013

FDP erwirkt Vertagung der abschließenden Beratung zur Energieeinsparnovelle im Bundestag

- **Engagement der BID Mitgliedsverbände zeigt Wirkung**
- **Anforderungen in der Energieeinsparnovelle gefährden den Wohnungsneubau in Deutschland**

Berlin – Heute wurde bekannt, dass auf Betreiben der FDP die für diesen Mittwoch geplante abschließende Beratung zur Energieeinsparnovelle im Bauausschuss des Bundestages kurzfristig abgesagt wurde. Die FDP befürchte erhebliche negative Folgen für den Wohnungsbau.

„Die FDP setzt sich im politischen Raum für das ein, was die BID seit langem fordert. Höhere energetische Anforderungen verteuern den Neubau von bezahlbarem Wohnraum. Wir brauchen eher eine Verschnaufpause als stetige Verschärfungen“, kommentierte Walter Rasch, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und Präsident des BFW, den Vorstoß der FDP.

Auch wenn Bestandsbauten derzeit von weiteren Verschärfungen ausgenommen sind, besteht in Deutschland besonders in wachsenden Regionen ein zunehmender Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, der nur über den Neubau gedeckt werden kann. Besonders kritisch sieht die BID daher die Verschärfung des Effizienzstandards für Neubauten in zwei Stufen um jeweils 12,5 Prozent bis 2016.

„Wir sprechen hier am Ende von einer Verschärfung von insgesamt 25 Prozent. Der Gesetzgeber muss sich vor Augen halten, dass dies enorme Baukosten und letztendlich höhere Mieten mit sich bringen wird. Das politische Ziel, preiswerten Wohnraum zu schaffen, wird so schwerlich erreicht“, stellt Rasch fest. Es sei zu begrüßen, dass Deutschland der Vorreiter im Klimaschutz sein möchte, dies müsse aber gesellschaftsverträglich und mit wirtschaftlichem Augenmaß erfolgen. Mit der Energieeinsparverordnung 2009 erfülle Deutschland bereits die Vorgaben der EU-Gebäuderichtlinie - dies sei völlig ausreichend und trotzdem beispielhaft.

Die Positionen der BID können Sie im Einzelnen in den Stellungnahmen zum [EnEG](#) und [EnEV](#) nachlesen oder unter www.bid.info abrufen.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.

Geschäftsführender Verband:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

www.bid.info

Ansprechpartner:
Dennis Beyer
Pressesprecher

Tel. +49 (0)30 32781 - 110
Fax +49 (0)30 32781 - 299

E-Mail: presse@bid.info

www.bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss